



## Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwandt. Arbeiter beiderl. Gesch.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark. Postzeitungsnr. 282. Inserationsgebühr für die Petzitzile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandsklasser W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redaktor: A. Jahn, Berlin 30, Engelser 15 II.

Jg. 13.

Berlin, den 29. März 1901.

28. Jahrg.

### Bekanntmachung.

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: **Graslau, Gräfenroda** (W. Heene, Eder u. Menz, A. Heizner), **Rheinsberg**, **Görlitz**, gräflich Granenberg'sche Fabrik, **Triptis**, **Wekendorf** i. Westfalen (Firma Gräffel u. Co.), **Gegeck.**

Der Vorstand.

### König Stumm ist tot!

Dieser Ruf durchstieß die Reihen der deutschen Arbeiter in den letzten Tagen und weckte die Erinnerungen an all das, was der Tod gewollt und erstrebt hatte. Viel Erfreuliches war es nicht, was von ihm geredet wurde, wenn man auch seiner Offenheit und ehrlichen Überzeugung die Anerkennung nicht versagte. Zug des Spruches: „Von den Toten soll man nur etwas Gutes sprechen!“ wurde mit aller Schärfe betont, daß in sozialpolitischer Beziehung König Stumm eine der unbeholflichsten Erfahrungen des letzten Menschenalters gewesen ist; er war ein Mann des Kautenregiments und Scharfmacherthums, der wie eine Person aus vergangenen Zeiten in die Gegenwart hineintrat; energisch und rücksichtslos befämpfte er alle freiheitlichen und gewerkschaftlichen Befreiungen der Arbeiterschaft und erblickte in jedem Gegner seiner konträren Prinzipien einen Revolutionär jüdischer Sorte, den er mit allen Mitteln zu unterdrücken suchte. Dabet befahl er einen Unschuldstrubel und Fanatismus, der keinen Widerstand entragen konnte.

Widensätzlich entsteht natürlich das Urtheil kapitalistischer Blätter über den Todten. „Sein ganzes Leben war nur einer einzigen großen Aufgabe gewidmet“, so schreiben die Zeitungen, nämlich der Lösung der sozialen Frage auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Dabet war er zeit seines Lebens ein unverzügliches und unermüdliches Glied der Sozialdemokratie, deren Errichtungen er großzügig von sich geprägt. Seiner hat mit sehr eindrücklicher Schrift die Gefahren des allmächtigen Kapitalismus vor der Umwurfspartheid eines Landes gefüllt wie er,

leiner hat vom Boden des patriarchalischen Systems auf einen solch verringerten Kampf gegen die Experimente unserer modernen und modernen Sozialreformer und Volksbegläcker geführt, wie Stumm. Dafür hat man ihm den Namen eines „Scharfmachers“ angehangt. Er darf ihn als einen Ehrennamen mit ins Grab nehmen, zum Zeichen, wie in einer Zeit trauriger Erschaffung des Staatsgefühls und des Bürgermutheis er einer der raflosesten Warner und einer der tapfersten Vertheidiger der monarchischen Staats- und Gesellschaftsordnung gewesen ist . . . .

Die kapitalistischen Blätter haben Recht, Stumm war der Typus eines Kapitalisten alter Schule, der hervorragendste Fannierträger einer überwundenen Weltanschauung und darum kann man den Schmerz verstehen, der die kleinen Despoten und Münzurprogen ergreift bei dem Tode ihres großen Königs. Er war die treibende Kraft des kapitalistischen Systems, das ic dem modernen Arbeiter weiter nichts eröffnet, als ein Rad in dem Produktionsautomaten, als ein willloses Werkzeug in der Hand des Herrn Kapitalisten, als ein willkommenes Ausbeutungsobjekt und eine Raupe im Raubabruhe. Der Gedanke, daß der moderne Arbeiter ein gleichberechtigter Faktor im Betriebsleben sei, lag ihm meilenweit fern, zu dieser Höhe modernen Empfindens und Anfangs konnte er sich nicht aufschwingen. Er lebte noch in den Auscheinungen jener Zeit, die eine Über- und Unterordnung nach Ständen für eine unabsehbare Notwendigkeit hielt und von Schauder ergriffen wurde er bei der Möglichkeit, daß nach der „Staudt“ dem „Kern“ Gleichberechtigt sein könnte. Zum waren jene Worte aus der Seele geprochen, die der „Gesamtverband deutscher Metallindustriellen“ Anfangs des Jahres 1899 in einer Gedenkrede an den Grafen Posadowsky niedergeschlagen: „Die Gleichberechtigung in den von den modernen Sozialpolitikern gebrauchten Sätzen weiß n wir aufzugeben gern. Sie der Volkstum und vor dem Gesetz und den Arbeitern zu unserem Vaterlande volle Gleichberechtigung, in Wirtschafts- und sozialer und politischer Beziehung ist es von den durch unsrer bestreitende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung umgangt angeschlossen;

benn auf dieser Gebieten tritt u. a. die Scheidung zwischen den Rechten der Arbeitgeber und den Rechten der Arbeiter ein, die von der Entwicklung der Verhältnisse geboten und als wesentlichste Grundlage für den Bestand derselben zu betrachten ist. Als eines dieser Rechte nehmen wir in Anspruch, daß der Arbeitgeber Herr in seinem Betriebe sein und bleiben muß, denn nur er ist für das Gebeinen des Betriebes verantwortlich. Im Interesse der Gemeinntheit ist es unmöglich, ihn von dieser Verantwortung zu befreien; widersinnig aber würde es sein, sie ihm zu belassen und anderen unverantwortlichen Personen das Recht der Mitbestimmung gleichzeitig zu gewähren. Ein Ausübung des Rechtes, Herr in seinem Betriebe zu sein, ist aber unbedingt das Recht des Arbeitgebers seine Arbeiter lediglich nach eigenem Grunde zu zündeln und einzustellen“.

Den Standpunkt, daß der Unternehmer „Herr in seinem Hause“ sein und bleiben müsse, hat Niemand so brutal und konsequent vertraten, wie der König von Sachsen. Von einem Rechte des Arbeiters war bei ihm niemals die Rede, nur Gnade sollte walten im Verhältnis zwischen Kapitalisten und Arbeitern. Darum behandelte er in seinem Königreich auch seine Untertanen wie kleine, unanständige Kinder; wie ein „Vater“ so sorgte er für seine „Kinder“; er schickte ihnen vor, welche Zeitungen sie lesen, welches Beruf sie angehören oder welche Bibliothek sie besuchen durften; wollten sie betreiben, so mußten sie ihm um Erlaubnis fragen. Dieses System Stumms ist zu bekannt, als daß wir es unsren Lesern noch ausführlicher zu schildern brauchten.

Soll amerkennbarer Öffentlichkeit bediente er sich bei jeder Gelegenheit als Vertreter seines Systems; er machte fürwahr aus seinem kapitalistischen Herzen keine Wörtergrube. Reine sozialpolitische Debatte konnte im Reichstag nicht finden, ohne daß der Abgeordnete Stumm auf die Tribüne stellte und in einer tödlichen Weise seinen Mund aussetzte. Ohne Zweifel wurde es seinem Kreisben selbst angst und bange, wenn der Eigentumsbesitzer aus der Sache plauderte und oben lebt mit offnen Armen mietete; f an mögen sie zunächst los lassen die Wahrheit wiederholen, die

ihm der „Pladderadatsch“ bereits vor zwei Jahrzehnten gegeben: „O, wärst du, Stumm, doch stumm geblieben!“ Über der „würdige alte Herr“ ließ sich nicht betören und donnerte nach wie vor gegen die „Vollsaufwiegler und Heger“ los, möchte es sich um nationalsoziale Pastoren, sozialreformatorische Professoren oder gar um „Sozialdemokraten“ handeln. Für ihn waren diese Leute nur eins, insosfern sie das geheiligte Prinzip des Kapitalprozentums ins Wanken bringen wollten. Wer gegen die Alleinherrschaft des Kapitalisten auch nur den Finger regte, der war in seinen Augen schlimmer als ein Räuber und Mörder. Mit der rührenden Naivität des alten Ritters Don Quichote kämpfte er bis zum letzten Atemzug für sein Prinzip.

Deshalb machte er einen unfehligen komischen Eindruck auf jeden, der auch nur im Geringsten von dem Aufzuge einer neuen Zeit angewehnt worden war, und Bebel traf das Richtige, wenn er ihn einmal im Reichstage — allerdings sehr unparlamentarisch aber irreführend — einen komischen Raus nannte. Damit gab Bebel nicht nur der Empfindung seiner Parteigenossen Ausdruck, sondern auch der Meinung weiterer Kreise, die aus den rücksichtigen Anschauungen des Oberstabschmachers heraus eine Don Quichotische Komik verspürten. Oder liegt es nicht sehr tragikomisch, wenn der König von Saarabien mit der Miene eines Weltweisen Theorien zu Tage förderte, die ein halbwegs moderner Mensch längst ins alte Eisen geworfen hat?

Dass das „System Stumm“ sich überlebt hat, wird auch von den lendenen Unternehmern zugestanden. Als ein Vertreter dieses modernen Unternehmertums kann der bekannte Fabrikant O. Weigert gelten, der als Ergebnis einer 40jährigen, praktischen Erfahrung die Notwendigkeit erkannt hat, dass Arbeiter und Unternehmer auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit einander verleben: „Dies steht allerdings den Stummelingen gegen den Strich“, so schreibt er in einer Broschüre: „Auch im wirtschaftlichen Leben wie im politischen, fällt es großen, mächtigen Herren schwerer, die Weisheit zu erkennen, als denen, die ohne den Nimbus des Glanzes und der Furcht im täglichen Verkehr bestehen und die Meinungen anderer Stände auf sich wirken lassen. Diese Art ist im deutschen Unternehmertum noch weit verbreitet. Die großen und die kleinen Stumms, die wünschen, dass in allen Fragen der gewerblichen Verwaltung der Arbeitgeber nur befahlen und der Arbeiter nur gehorchen solle, haben kein Recht im Namen der deutschen Industrie zu reden. Diese Industrie wird vielmehr den Ruf ihrer Tüchtigkeit gerade auch darin bewahren, dass sie für ein Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf dem Fuße der Gleichberechtigung neue moderne Formen schafft.“ Wir wollen es dahingestellt sein lassen, wie weit der Weigertsche Standpunkt im deutschen Unternehmertum getheilt wird. Thatsache ist, dass Stumm in den letzten Jahren unter seinen Klassengenossen mehr als sonst terrible (Schreckenskind), denn als willkommener Kämpfer betrachtet wurde. Das schließt allerdings nicht aus, dass laufende und ablaufende kleine Stumms weiter wirken werden.

Auch in den Regierungsfreien galt der Verstorbenen Jahrzehnte hindurch als maßgebende Persönlichkeit, und jeder kannte weiß, welche Rolle er als fälschlicher, unverantwortlicher Ratgeber gespielt hat. Sein verdächtiger Einfluss, der eine Verstärkung der sozialen Gegenfrage und eine Verstärkung des Sozialstaatsthums bewirkt hat, kostet ja in später Zeit gebrochen worden zu sein, wenigstens be-

satz Stumm nicht mehr wie früher das Ohr des Kaisers. Ob mit diesem Einfluss auch die Wirkung desselben geschwunden ist, muss die Zukunft lehren. Wie dem aber auch sei, die Arbeiterklasse wird unbeirrt und mentwegen ihren Weg forsegen.

Nun ist er tot, der große Schriftsteller, sein Geist wird in die Winde verwiesen, der Gedanke der Gleichberechtigung aber wird ewig leben und immer tiefere Wurzeln schlagen.

Eine dankenswerthe Arbeit wird das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ von jetzt ab allmonatlich veröffentlichten und zwecks Aufnahme in die Gewerkschaftspresse den Redaktionen schon vorher zugänglich machen. Eine „wirtschaftliche Rundschau“ aus der Feder eines Benossen, der sich speziell mit der wirtschaftlichen Entwicklung befasst, dürfte allen Arbeitern angenehm sein. Die Gewerkschaften können sich daraus über die jeweilige allgemeine Geschäftskonjunktur unterrichten und danach ihre Taktik in Bezug auf Bewegungen einrichten.

Wirtschaftliche Rundschau.  
Lage der Rohstoffsyndikate und ihrer Abnehmer. — Zinsfuß, Pfandbriefmark und Baugewerbe. — Rückgang der Gründungen. — Von Arbeitsmarkt. Die Kleinbetriebe.

#### Vorbemerkung.

Wir bedenken an dieser Stelle von Zeit zu Zeit einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung zu geben, und zwar unter besonderer Berücksichtigung derjenigen Thatsachen, die für das gewerbliche Leben von Bedeutung sind.

Da der Arbeitsmarkt heute noch lange kein einheitlicher ist und die Aufwärtsbewegung in einzelnen Branchen recht wohl nebenher gehen kann neben einem Abwärtsgleiten und Zusammendruck auf vielen anderen Produktionsgebieten, so denken wir in Zukunft die Darstellung möglichst nach Berufszweigen zu spezialisieren.

Heute sei jedoch zur Einführung in allgemeiner Weise über den gegenwärtigen Stand des Wirtschaftslebens berichtet, da die allgemeine wirtschaftliche Grundströmung förmlich — wenn auch mit sehr ungleicher Stärke und zu verschiedenen Zeiten — in allen Einzelbranchen zum Ausdruck kommen muss.

#### Die Lage des Rohstoffmarktes.

Die Raciode des Aufschwunges, die etwa mit dem Anfang des Jahres 1895 einsetzte, ist bezeichnlich in dem Vorjahr zum Stillstand gekommen. Würdige Erscheinungen, welche die Zeit der Prosperität kennzeichnen, wirken noch in der Gegenwart weiter, so dass die Lage heute wider sprudelvoller ist, wie sonst nach einem Krach, der auf allen Wirtschaftsgebieten die gleichen Verheerungen anrichtet. Einige dieser ungewöhnlichen Erscheinungen seien hier hervorgehoben.

Das Blühen der Industrie sprach sich vor allen auch darin aus, dass die verfügbaren Brennstoffe und Rohmaterialien in keiner Weise mehr der stürmischen Nachfrage zu genügen vermochten. Welch ungeheure Mehrbedarf an Eisen und Stahl ergiebt sich, wenn Eisenbahnen, elektrische Unternehmungen, Schiffsbau, Konstruktions-Werftstätten, Lokomotiv- und Waggonfabriken, Maschinenfabriken, Messelschmieden, Kleineisen- und Drahtindustrie, das Baugewerbe sammt und sonders ihre Tätigkeit stark steigern und ihre Anlagen und Einrichtungen vermehren. Welchen Dringungspunkt nach Brennstoffen entwideln alle diese Anlagen und Maschinen, wenn sie Jahre lang mit Anspannung aller ihrer Kräfte schaffen und wirken! Auf der anderen Seite: welcher Rückgang wäre hier zu erwarten, wenn mit dem Sinken der allgemeinen Konjunktur von allen Seiten her die Nachfrage zusammenbrummt!

Eine der hervorstechendsten Abweichungen des bisherigen Rentiensverlaufs von früheren Entwicklungen ist aber gerade, dass dieser Rückgang in den Preisen und Lieferungsbedingungen der Kohlen- und Rohstoffsyndikate noch nicht entsprechend zur Geltung gekommen ist. Damit ist jedoch die Lage der abnehmenden und verarbeitenden Industrien nur schwieriger und unbeständiger geworden, und grosse kapitalistische Unternehmungen werden hier in nächster Zeit noch ausgespielen werden, falls die Syndikate nicht in letzter Stunde noch andere Seiten aufsuchen.

Man wird sich aus dem Vorjahr erinnern, dass die Kohlenlobby für den Segenungen einer „Rohstoffnot“ und wahrer Rohstoffpreise für Kohlen erfreut, als andere Industrien bereits zu Betriebsstillständen und Preisverhandlungen bereitstanden. Sogar folgende Unternehmungen, die an sich noch nicht unbeständig standen, stellten oder forderten damals ihre Täglichkeit zeitweise ein, weil der rapid steigende Rohstofftarif gegen sämtlichen Nebenkosten mehr Verluste gebracht habe. Während es im April 1900 die Industriemethe an den Tag einen kurzen Aufschwung erfuhr, nachdem diese Bewegung sich fast ununterbrochen fortgesetzt und bislang

zum abermals zu schweren Börsentagen geführt hatte, wurde die öffentliche Meinung mit dem herannahenden Herbst und Winter von einer wahren Kohlenpanik erfasst. Sogar die mit den Kohlenlords so eng verbündeten Regierungen mussten schließlich irgend etwas tun, und so beschloss die preußische Regierung Anfang September, die Befuh: ausländischer Kohle wenigstens dadurch etwas zu erleichtern, dass der Rohstofftarif für die Zeit des Weiterbestehens der Missstände, mindestens aber für zwei Jahre eingeführt wurde. Zugleich war die feste Stellung des Syndikats in keiner Weise erschüttert. Nach der Reichstatistik ergeben sich folgende Kohlenpreise ab Werk Dortmund für 1000 Kilogramm:

	Gestürzte Ostf., Buddel-, gute Exportkohle seit 1900	Gestürzte Ostf., Buddel-, gute Exportkohle seit 1900
1890	Mt. 12,9	Mt. 9,9
1891	" 11,5	" 8,0
1892	" 9,2	" 7,3
1893	" 8,2	" 6,5
1894	" 9,0	" 6,9
1895	" 9,0	" 7,4
1896	" 9,0	" 7,9
1897	" 9,4	" 8,5
1898	" 9,7	" 8,7
1899	" 10,0	" 9,0
Jänner 1900	" 10,0	" 10,0
Februar 1900	" 10,0	" 10,0
März 1900	" 12,0	" 9,0
Abgängend seit April 1900	" 14,0	" 10,0

Dass diese Sonderstellung gegenüber einer allgemein rückwärtigen Industrie ohne die Macht des Kohlensyndikates kaum zu halten gewesen wäre, bedarf keines Beweises. Dass das Syndikat auch ferner eine Lüft hat, sich seine günstige Sonderstellung zu verschaffen, geht aus dem Beschluss vom 17. Dezember hervor: in der Erwagung, dass bei dem sich sichtbar mehrenden Rückgang in der Abnahme seitens verschiedener Industrien und namentlich der Eisenindustrie der Markt die außerordentlich gestiegene Förderung nicht mehr aufnehmen darfte, für das erste Vierteljahr 1901 eine Einschränkung der Kohlenförderung um 10 p.C. einzutreten zu lassen. Diese Einschränkung (im Verhältnis zur angenommenen Leistungsfähigkeit, nicht zur früheren Leistung) hat in der That bisher ermöglicht, die abnorm hohen Kohlenpreise weiter aufrecht zu erhalten. Aber der Gegensatz innerhalb der Industrie ist hier mit jeder Woche gemessen. Während die Eisen das Syndikat an seine pflichtige Pflicht erinnern, über eine Zeit des Preisfalles der Fabrikate durch gründliche Verbilligung des Brennstoffes mitsamt hinwegzuholen, röhmen die Anderen das Syndikat gerade wegen seines hohen wirtschaftlichen Verantwortlichkeitsgefühls, da Schleuderpreise in Kohlen nur das gegenseitige Unterbluten in den Fabrikaten verschlimmern möchten!

Noch gröber ist die Mithilfe der eingeschalteten Werke über die Haltung der Rohstoffsyndikate in der Eisenbranche. In dem Zeitraum der Materialknappheit war jeder Verbraucher froh, sich für die Zukunft überhaupt sicher versorgen zu können, gleichviel zu welchen Preisen und sonstigen Lieferbedingungen. Das Hochofen syndikat benutzte das, um alle Abnehmer zu Bestellungen auf Monate hinaus zu verpflichten. „Ende Februar 1900“ — heißt es in Galmers „Handel und Wandel“, Jahrgang 1900\*) — „zeigt das Syndikat seinen Abnehmern an, es nehme die Bestände für 1901 auf, wer kaufen mölle, möge daher seinen Bedarf aufgeben. Anfang zeigt die Stahl- und Walzwerke wenig Lust, auf so lange Zeit hinaus (also für mehr als 22 Monate) sich zu binden. Zugleich mussten sie den Anhänger des Syndikats nötigen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollten, im Verlaufe des Jahres 1901 ohne Eisenvorrat zu kommen. Sie trauten zu dem ungemein hohen Preise von Mt. 90 pro Tonne Buddel-eisen ihren Jahresbedarf für 1901 decken, obwohl sie nicht im Mindesten wissen konnten, ob und zu welchen Preisen ihre Erzeugnisse während der langen Zeit zu nahme finden würden. Die Besorgniß vom Hochofen-Syndikat 1901 sein Roheisen zu erhalten, trieb daher die Abnehmer der deutlichen Einladung Folge zu lassen.“

Nichtlich beim Rohstoffsyndikat. „Für Schrotindustrie — heißt es in einer Raciode des Correspondenzblatt aus Düsseldorf — wurde der Preis von Mt. 14 für 1900 auf Mt. 20 für Lieferung in 1901 erhöht, jedoch den Bedürfnissen die für 1901 disponiblen Mengen nur unter der Bedingung zugestellt, das für die Reihe ihrer noch nicht ausgelieferten Abschlüsse (zu Mt. 14) und für die neuen zu 1901 zu gelieferten Mengen ein Durchschnittspreis von Mt. 17 pro Tonnen zu ziehen. Die Durchschnittsmenge mördet sich damals angekündigt der Raciode zu Roheisen, welche vom Rohstoffsyndikat für das Jahr 1901 angekündigt worden war, und welche hauptsächlich die überste Ebene aussaß, dass ihnen überhaupt kein

\*) Handel und Wandel. Jahresberichte über den Rohstoffaus- und -import 1900. Für Rohstoffe und Geschäftsbücher, Arbeitgeber und Arbeitnehmerkonstellation. Jahrgang 1900. Herausgegeben von Richard Galmer, Mitglied des Reichstages. Berlin-Born 1901. Zur Beobachtung die Bedeutung zu viele wichtige und umfangreiche Beobachtungen und Ausführungen.

Roats angewiesen wurden, und fuhren sich daher genöthigt, jene harten Bebingungen einzunehmen.“

Das Ende vom Siede ist nun leider ein ganz anderes, als die fröhlichen Szenen der Kartellorganisation so oft geprägt haben. Stattdurchaus und preiswertigend zu wirken, zwingen die Syndikate hier geradezu zu Rothverkaufen und führen so zu den schlimmsten Schleuderpreisen — allerding nicht für die Syndikatsmitglieder, die hier schwungvoll zuschlagen können, dagegen bei ihren Abnehmern, deren Rothlage durch die Folgen der Syndikatsübermacht nur verschärft wird. Diese Abnehmer müssen die Rohmaterialien beziehen und bezahlen. Sie können das nur aus dem Erlös für ihre Fabrikate. Sie müssen somit auch über den Bedarf hinaus weiter fabrizieren und auch unterhalb des sonst eintretenden Preisniveaus verkaufen, um mit dem unaufhaltlich zunehmenden Material aufzudrücken und eingegangene Verbindlichkeiten erfüllen zu können. Hier hat also die Übermacht der Rohstoffsyndikate die Krise auf dem Ölseumarkte geradezu verschärft — freilich unter Rücksicht der Ausnahmeverhältnisse des Vorjahres, die auch die Einzelunternehmer kaum ungenutzt hätten vorübergehen lassen. Die Abnehmer waren zur entscheidenden Zeit theils schwächer, theils garnicht organisiert; die die Bergewaltigung ihrer Interessen gelang unter solchen Umständen. Über der Konflikt ist nunmehr unter den anderen Lage der Dinge in vollster Schärfe zum Ausbruch gelangt.

Zweiglich leidet der Staat und dabei bedauerlicher  
Welse vor allen wieder die Arbeiter. So weit sie für  
die begünstigten Syndikate arbeiten, haben sie nichts  
von den Sondervothalten der Unternehmer. Zur Gegen-  
theil, obte seit Jahresanfang durchgesetzte Produktions-  
einschränkung führt zur Überfüllung des Arbeitsmarktes  
dieser Branchen, und die fünfzig gesteigerte Zerrüttung  
in den abnehmenden Industrien breitet die Arbeitslosig-  
keit und damit den Druck noch weiter aus.

## Die Sage des Gelbmatties.

Richt viel anders wie diese noch weiter bestehende Rohstoffvertheuerung wirkt auf eine Reihe von Gewerbszweigen die anhaltende Geldvertheuerung, die ebenfalls zunächst ein Ergebnis des Kuffschwunges war — je mehr die Hochfluth von Neuanlagen und Betriebsverweiterungen, das Emporschneiden der Warentpreise und Umsatzmengen sich geltend madte, desto weniger konnte trotz aller Kreditorganisationen das verfügbare Zahlkapital mit dem enormen gesellschaftlichen Bedarf gleichen Schritt halten.

Allerdings ist der Diskontsatz von 7 p $\text{\AA}$ t. längst vorbei, den die Reichsbank im Dezember 1900 einführte. Über das Durchschnitt von 1900 (5,33 p $\text{\AA}$ t.) steht noch immer hoch über allen Jahresdurchschnitten seit 1876, und selbst die Rate von  $4\frac{1}{2}$  p $\text{\AA}$ t. seit dem 26. Februar galt früher als eine Höhe; selbst in den guten Jahren 1887—1890 stand der Bankzinsfuß auf 3,41—3,32—3,68 und zuletzt 4,52 p $\text{\AA}$ t., um in den folgenden Geschäftsjahren auf 3,12 und 3,14 p $\text{\AA}$ t. (1894 und 1895) zurückzugehen. Die verhältnismäßig noch immer starken Geschäftsanprüche, die gerade in britischen Zeiten zu Deckungssweden häufig zunächst noch wachsen, ferner jedoch die großen unproduktiven Kriegsausgaben in Südafrika und China haben bisher noch immer ein Verabgleiten auf das normale Niveau verhindert.

# Die Gebürtige und das Baugewerbe.

Diese Thatſache iſt besonders bedeutungsvoll für das wichtige Baugewerbe, daß an ſich ſchon schwer unter dem Rückgang der Fabrik- und Geschäftsbauten, zum Schluß wohl auch bereits unter dem Rückgang des Wohnungsbedarfs leidet. Die Bauunternehmer, welche wie andere Unternehmer mit Kredit, mit fremdem Geld zu wirtschaften gewöhnt sind und die früher Hypotheken und Baugelder zu mäßigen Bedingungen leicht beschaffen konnten, haben im Vorjahr bei der Ausverteilung entzweier Baugelder überhaupt nicht mehr oder nur zu härtesten Bedingungen erhalten. Die besondere Artis, die von der preußischen Hypothekenaftentbank und der Deutschen Grundschuldbank ausgegangen war, noth baß den Wert der Pfandschriften. Die Pfandschriften waren lange Zeit gewünscht, ſich ganz vom Hypothekenmarkt zu rückziehen; sie hatten alle Bände voll damit zu tun, ihre eigenen, vom erforderten Kapital abgefehlt Pfandschriften aufzunehmen, um sie vor dem Sturz in's Unabfahrbare zu retten. Unterbleiben Gräber leidet das Baugewerbe, noch verschärft von der allgemeinen Konjunktur, seit dem Vorjahr bereits, nicht mit dem alle vom Krieg abhängigen Metzger-, Holz-, Buchdruckerei und Schrifterei, Speditionen, Gefechte, Elsenbogenbauten, Stegeleien, Stehbrücken.

# Rüdgang der Gründung von Mittelunternehmungen.

	Zahl d. Gesellschaft	Wertenskapital
Am 1. Halbjahr 1898	179	245.000.000
2. " 1898	150	219
1. " 1899	182	253
2. " 1899	182	292
1. " 1900	164	217
2. " 1900	97	123

Was den Gegenstand der 261 neuen Gründungen des Jahres 1900 betrifft, so entstehen 53 von ihnen auf die Metallverarbeitung (Maschinenbau), 33 auf die Industrie der Steine und Erden, 31 auf die Fahrzeugmittelbranche (einschließlich Brauereien), 22 auf das Baugewerbe, 18 auf die Papier-, Leder-, Holz- und Schnittstoffindustrie, 17 auf Transportanstalten (außer Eisenbahnen), 16 auf die Textilindustrie, 15 auf Elektrofachanstalten, 14 auf Bergbau, Hütten und Gossen, 11 auf die chemische Industrie (Gas- und Seuchestoffe) usw. Eindeutiglich der Höhe des Aktienkapitals steht gleichfalls die Metallverarbeitung mit 87 Millionen Mark an der Spitze, dann folgen die Transportanstalten (außer Eisenbahnen) mit 34 Millionen Mark, hierauf das Baugewerbe mit 31, die Elektrofachanstalten mit 28, die Textilindustrie mit 27, Bergbau, Hütten und Gossen mit 23, die Industrie der Steine und Erden mit 23, die Papier-, Leder-, Holz- und Schnittstoffindustrie mit 22, die Fahrzeugmittelbranche mit 21 Millionen Mark usw.

## Schlimme Erfahrungen und Aussichten auf dem Arbeitsmarkt.

Das Gegenstück zu dieser ängstlichen Zurückhaltung des Kapitals ist der verschärzte Kampf um's Dasein unter den stellensuchenden Arbeitern. Galmer hat letztes Jahr in seinem erwähnten Jahressericht die Mittheilungen der öffentlichen Arbeitsnachweise an den „Arbeitsmarkt“ übersichtlich bearbeitet. Er fasst die Ergebnisse wie folgt zusammen:

Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitssuchende:							
	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
1898	149,9	134,2	103,5	108,6	114,1	113,0	
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
	112,5	108,5	98,3	114,8	135,9	135,2	
1899	133,0	113,8	87,7	99,0	101,3	93,0	
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
	100,5	94,1	97,8	104,9	130,9	124,2	
1900	125,3	111,9	94,8	96,7	101,2	103,4	
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
	111,2	107,3	100,6	120,4	158,1	161,0	

Röd' der Anfangszeit des Jahres war die Zahl der Arbeitssuchenden relativ geringer als in den Vorjahren: Importe und Gewerbe hatten die verfügbaren Kräfte öffentlich aufgesaugt; nur die teile Saison in einzelnen Gewerben veranlaßte, wie alljährlich, das vorhandene Nebenangebot. Es fanden nämlich im Januar auf je 100 offene Stellen 125,3 Arbeitssuchende gegen 131,6 im Jahre 1899 und 149,9 im Jahre 1900. Die Situation war für die Arbeitssuchenden bis zum Mai noch relativ günstig. August und September riefen auf eine Erholung. Aber schon im September zeigt auch die beginnende Beschäftigung, bis unweiterhin im Oktober und den folgenden Monaten jenes Zustand geangt. Im November hat sich die Marktage so verschärft, daß auf je drei offene Stellen schon drei Arbeitssuchende kommen. Verhältnismäßig günstig ist das Verhältnis auf dem weiblichen Arbeitsmarkt, wo es noch ein Überwiegen der Nachfrage ergibt. Wahrheitlich allein die männlichen Arbeitskräfte beschäftigen, so mögliche die Ungleichheit noch größer sein. Zur Stund Oktobers bringen sich schon zwei Arbeitssuchende um die offene Stelle.

Getragen sind nur noch Verschließungen eingesetzt. Für den Februar liegt der „Abschlußquotient“ das Verhältnis von Schließfunktionen zu offenen G. Uen auf 40,8 zu 100 an, während in den Vorjahren in dieser Zeit nur 112 und 113 Schließfunktionen zu 100 „geöffnet“ waren.

## **Erziehung des Kleinbetriebe, Arbeitsstofflieferant, Sohnzebuttern.**

Die flächendeckenden Zuglinienbusse haben sich für die Rechtsverkehrsführung um 25 psL. In der Bebauungslinie angepasst und wollen sie über den aufgelösten Straßenblockgebiete hoffen zu gewinnen (wegen der erhöhte Störung durch die Zuglinienbusse werden die Leute nicht mehr zum Bushaltestellen gehen). Das Vorspiel ist erfolgreich bei Großstadtbahnen, zeigt zumindest von der Bebauung, die sonst eine Brücke verlegt, Biegelinien und entführt den Verkehr nicht, kann von Neueren auf die Nachfrage bezüglich Buslinienführungen zurück, bleibt aber für die Verkehrsabordnungen mit ihrer Nebenfunktion eine Sache. — Wenn man die Linien mit dem öffentlichen Verkehr an die Großstadtlinien ansetzt, dann kommt man zu einer Komplexe.

30-02 (Continued from page 2) Mr. W. H. Morris, Esq.,  
of New York, N. Y., has been appointed to represent the  
plaintiffs in their action against the State of California  
and the City of Los Angeles, Cal., for damages sustained  
by them in consequence of the recent fire at San Fran-  
cisco, Calif.

Rohlingraben und Roherzeien verloren, bis zum Rohrbruch und Rohrlaufbruch gelöschten Konkurrenz-Positionen zu verlieren. Doch auf die Kosteffizienz kommt es so, trotz ihres Spezialist, ins Bedürfnis; sie kann bei Wissensverlust des Schuldners nicht allzuviel beanspruchen zu geben, wenn die übrigbleibenden Stärken habe einen kleinen Vorsprung bei Produktionsprozesse. Gerade der zweigeteilte Unternehmer, die man 1906 noch zu Verstellungen nötig waren konnte, in ihrer Notlage die Annahme, und die fortwährenden Zwangswertsteigerungen nicht und nur die Gesellschaft der Minen. Die Wettbewerfe bei Differenz und bei Kosten haben einen schärfsten Konkurrenzdruck eröffnet. Rechtsanwälte und Rechnungsstellen greifen um sich.

三

Das Brüderliche wird also für den Arbeiterschaft wahrlich nicht die sonst erwartende Erfreude bringen. Die Organisationen der Arbeit werden darum gut thun, ihr Bulle zu tragen für den FZU einen brutalen Besuch, die Ratten des kapitalistischen Konkurrenzkrieges auf den Arbeitern abzuwählen, noch bem fast alle Rechte des gerechtigen Aufschwur des Kapitals zugestehen sind.

Berlin, 17. März 1891. Max Gropel.

**Gute Jobe in der Zulieferungs- und Beschaffungswirtschaft beschäftigen 200tafel!**

Wie es mit der wirthschaftlichen Entwicklung im S. Igetrinke zu sein pflegt, ob sie Nebelstörung zu Tage fördert, welche dann Gebetssonnen hat vor Augen treten und uns zeigen, wo Sand angeleget ist, um diese Nebelstörung noch und nach mit der Wurzel zu befestigen, so ist es auch im Besonderen in waſterer Größe der Fall.

Rittergen! Erlaubt mir ein beschreibenes  
Rahmwort und die Bitte an Euch, dies auf  
zu beherzigen!

Daß sich in den Glasmalereien (ich gebe nur jene Säufseß und Eßkühne in Betracht, da ich nur über diese durch langes Interesse und Studium fast mehr wie jux Genüge unterrichtet bin) Wohlstände, um soviel mehr große, zum Glückseligkeitszwecke, entwickelet haben, wird gewiß kein einziger deutscher Kollege sich verbünden und dies bestreiten können. Wie Wunder mag sich schon an der Röpf geöffnet und gefragt haben, wie es doch je berühmt weit kommen könnte und füreit bei einigem Nachdenken drängen flößt einem eine Range Fragen auf, welche beantwortet sein wollen und beantwortet werden müssen. Mit der Entwicklung in der Glasmalerei der letzten vier Jahrzehnte haben sich Verhältnisse herausgebildet, die, so preislich und brüderlich sie besondere für die Maler geworden sind, schon längst einer Zäsur und gänzlichen Besetzung — was jetzt nur durch laienhafte Beschlagnahmen der Kollegen selbst — dienen. Denn so genug liegen die Gründen einer vermeidlichen feindlichen Handlung der Glasmalerei zu Tage, welche höchstens trübsinnig war — noch hat

ing gesetztes vorzubereiten — und das darf uns nicht export bleiben, das uns sagen in Loßra — darf ein perfektmässiges, lores Verhalten bei Reisegeschäft, etc. blühen. Indentationskrediten (batjöflich) so weit ent-  
wickelt seien, so deutlich, daß es sehr bei  
Handelsabkommen viele Gruppen von den Stug-  
lern und alleamt vereinlichen müsse, wie  
in Rom energisch Front gegen solche Be-  
hörde zu machen. Dazu kommt noch, wenn  
der Stoff mehr als zehn Millionen Mark kostet,  
die Abreise nach Europa nicht erlaubt wird.  
Indem die Bsp. deren Voraussetzen, dass  
es gegenüber den Zuschüssen voraussetzt „Rah-  
men“ dafür kann nichts statt, es statt, was  
es in Frage stellt. Und so oft gefragt, was  
der Nutzen der kleinen Fabriken (Borgelosten) ist  
ist gewiss dieser — und das liegt in  
den Gewerben und Handels und Industrie  
auf dem Lande und (den kleinen Ortschaften)  
deren Grundzüge Systematisch in Gefangen-  
heit zu halten. Nur, sie zu nutzen und Ruh-

Stellgen! Ich habe tiefe Sorge hindurch  
Rücksicht gesammelt, so daß der Raum mehrerer  
Sitzungen unserer „Amelie“ im Aufschuß ge-  
kommen werben müßte, um alles aufzuführen.  
Hätte es aber zur Besetzung nicht für not-  
wendig, weil ein Seher ohne Aufnahme mehr  
aber weniger tiefe Zustände am eigenen Leibe  
zu spüren bekommt und gerade letzteres die  
dortige „Griebsfeber“ fein müßte, hier einziger  
Wandel zu schaffen. Zu diesem Behufe müssen  
wir jedenfalls früher oder später einmal einer-  
gültig Stellung nehmen, wenn wir nicht vollend-  
gung auf den Grund kommen wollen und wäre  
es wünschens, daß seitens berjentigen Zahlstellen,  
batten Glasmaler als Mitgliebar angehören  
biefer brennenden Frage näher getreten resp.  
seitens einer der größeren Zahlstellen die  
Initiative ergriffen würde. Die nächsten Auf-  
gaben würden mehner Anstalt nach die sein:  
Erhebungen und Feststellungen zu pflegen über:  
a) die Zahl der in Betracht kommenden  
Rolleben; b) die Zahl der uns noch fern-  
stehenden; c) die Art und Weise der Agitation,  
letztere bei Zellen für die Organisation zu  
gewinnen; d) Arbeitsverdienst, Arbeitszeit und  
sonstige Arbeitsverhältnisse an den einzelnen  
Orten und Betrieben. Haben wir dann in  
biefer Weise uns eine klare Übersicht ge-  
schaffen, so werden wir sehen, wie wir vors-  
zugeben haben, um positive Arbeit zu leisten,  
resp. werben wir nicht umhin können, uns  
irgendwo zu einer Konferenz zusammenzufinden,  
um über diese Materie zu berathen und über  
Mittel und Wege zur Beseitung von Maß-  
nahmen einig zu werden. Also zunächst,  
Rolleben! Beherztet Obiges, es sei ein Seher  
ein Agitator, und wir wollen sehen, daß wir  
zu menschenwürdigeren Zuständen gelangen.

## **Amidder Chell.**

**50. Mitgliederversammlung am 8. 3. 1901.**  
Entschuldigt fehlt Rorn; an der Sitzung beteiligt  
der Vorsitzende

10. Der Steuertarif.

Dem Mittwoch 19.7.12 Geschieben und die beantragte Unterstützung nach § 1 Abs. 5 II. R. 6 willigt.  
— Ein Bericht von Raabla über erfolgte Rüttigungen bei den Rollern der Firma C. A. Rehmann & Sohn wird zur Kenntnis genommen; die Zollstelle erledigt diese Rüttigungen als Strafregelungen und lehnt die Entlastung eines Befundabschusses ab. Dies wird abgelehnt und beschlossen, den Befundabschuss zu beauftragen, so schriftlich an die Firma zu senden, zwecks Zurücknahme der Rüttigungen, ehe sie im Interesse der Befreiung der Befundabschuss auszustellen, die i. St. dem Befindenden mündlich gegeben werden. — Die Antwort des Direktors der gräfl. Gräfenberg'schen Stift in Cilliowitz auf das Schreiben des Zollamtsvorstehenden wird zur Kenntnis genommen. Es ausstellbar hervorgeht, daß bezügliche ger nicht gemacht ist, die i. St. dem Befindenden mündlich gegeben werden. — Das vorstehende wird nach Oberhausen befleckt. — Aufnahmegeruf des Drüders Ruppmann auf W. a. B. 3. H. 10 Len., welcher im vorigen Jahre wegen schwerer Schädigung der Verbundstrukturen auf Grund des § 5 Abs. 3 des Staatsvertrages geschlossen wurde wird zurückgewiesen. — Ein Aufnahmegeruf von E. L. Henfurth wird, bis noch erfolgter Bescheid, verboten. — August Böhm, Kalle, Berlin II und Otto Dreher, Blankenbchin werden mit 3 Jahren Strafzettelstrafe bestraft, mit der Maßgabe, daß eine Rückung bestehen für später nicht ausgeschlossen ist, sofern die Betreffenden durch die Verhältnisse die Sanktionsbestimmungen in die Lage versetzen, eine solche Strafe nicht zu ertragen. — 1374. Nach getätigten Beobachtungen wird die Akte 28 395 C. abgeschlossen, welche auf Anhieb ohne Strafzettel bestimmt werden soll, möglichst eine sofort. Den 3.2.1223 festgelegt. — Das Ausprobierungsamt des Hochbau- und Straßenwesens, Blankenbchin, wird aufgefordert seinen ihm beigebrachten Dienstwagen einzurichten.

Wiederholung. Erwähnt 4229 seit  
es jetzt auf Grund der oben genannten  
Vorstellung nicht mehr. Es ist  
daher bestrebt, die alte Form wiederherzustellen.

**DISCUSSIONS ON THE  
CULTURE OF THE  
TOMATO**

Ein Bericht von Uhlstädt wird zur Kenntnis genommen. — Von Gifsenberg wird berichtet, daß die in Frage kommenden Mitglieder der Firma Steineder sowohl als die Zahlstelle mit dem Beschluß des Vorstandes nicht einverstanden sind und beantragen eine Abberufung des Vorstandsbeschlusses im Interesse des Antrages der Zahlstelle. Zudem die Zahlstelle Rötha im Anschluß an einen Bericht die Entsendung eines Vorstandsvertreters beantragt, wird beschlossen, durch die Delegierung des Schriftführers diesem Antrage zu entsprechen und soll Letzterer im Anschluß an Rötha auch Uhlstädt und Gifsenberg informieren, um diesen Zahlstellen die Beschlüsse mündlich zu übermitteln. Ein Antwortschreiben der Firma C. W. Lehmann u. Sohn, Rötha auf ein Schreiben des Verbands-Schriftführers wird zur Kenntnis genommen. — Eine Befürchtung des Mitglieds 1781 Gifsenberg, in dessen Interessenssache, wird zur Kenntnis genommen und denselben für weitere 14 Tage Unterstützung bewilligt. — Eine Befürchtung, sowie ein rohrend der Sitzung eingegangenes Telegramm aus Leipzig soll entsprechende Beantwortung finden. — Grafenroda berichtet über die Situation auf Ort; bezüglich eines Antrages auf Rechtschung wird beschlossen, zunächst ein juristisches Gutachten einzufordern. Die Mitglieder 18396 Gifsen und 27955 Grimm werden nach § 5 Abs. 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen. — Der Bericht des Vorstandes über seine Delegation nach Oberhauzen wird zur Kenntnis genommen.

C. Wollmann,  
Vorsitzender,

J. Schneiberg,  
Verbands-Schriftführer.

**G. Röllmann,  
Borsigender.**      **G. Schneide,r,  
Verbandsf hrtf hrer.**

# Aus unterm Berufe.

— Von Gräfenroda. Am 19. März haben wieder einige Verbandsmitglieder sich über sich gebracht, der Arbeitersache unten zu werben und in Gemeinschaft mit dem Unternehmer gegen dieselbe Stellung zu nehmen. Carl Lins, Student, der bei Seene gelernt hat, dann  $\frac{3}{4}$  Jahr anberwärts, d. B. in Coburg arbeitete, gehörte mit zu den zuerst gemaf-regelten 10 Mitläubern, erhielt dann wieder Arbeit bei Seene, wurde aber dann ebenfalls wieder mit ausgesperrt. Er bezog Unterflügung, pro Woche 11 M., und glänzt er als ein Arbeitwilliger, der auf vom Staate gewährleistete Hechte pfeift und sein College im Gange läßt. Dabei ist der Mann ledig möglichst, daß er durch die Werbungen des Obermalers Schellhorn, der ja Erfahrungen im Bezug von Untertümungen erheben, gesammelt und jetzt bei Seene der Matador zu sein scheint beeinflußt worden ist und keine Männer dazu gebracht haben. Offenbar wird er nun von Herrn Seene so belohnt für seine Arbeit, daß er nie mehr auf die Sille seine Kollegen Anspruch zu machen braucht.

Wetter hat das Verbandsmitglied Hermann Stebe, der von der Sitzung ausgeschlossen war, nun bei der Selbstverwaltung die Urkunde nach Zeugnis aufgestellt und gegen die Regierung und die Organe Watto ausgespielt.

Gleichfalls bei Anna Seiffert hat ein getötter Sohn sich aus Arbeitsentzünder entziehen können. Er war in einer Grabstätte bloßgefängt und in der Nähe des Olana befreit worden.

Den Donnerstag, den 21. März tagte im  
Wiedersehen-Gottesdienst eine öffentliche und offe-  
ne Versammlung bestehende aus einer  
Durchschnittsversammlung der 100 auf die Kirche fol-  
genden Personen:

This image is a high-contrast, black-and-white graphic. It features a complex, abstract pattern composed primarily of vertical and horizontal lines. The lines vary in thickness and density, creating a textured, almost noise-like appearance. There are no discernible figures, text, or other specific elements. The overall effect is minimalist and geometric.

Die Arbeiter fühlten, welche Forderungen verlangen, aber Aufstiegen gebracht geben. Auch die anwesenden Arbeiterrinnen ermahnte Steiner, daß auch sie in die Reihen ihrer Brüder gehören, daß auch sie diesen Kampf aufnehmen müssen. Da die Zeit schon vorgeschritten war und Bölf den letzten Zug benutzen mußte, verblieben die Versammelten zusammen, fuhren noch einige gewerkschaftliche Fragen zu erörtern waren und über hier zu Tage getretene Ungehörigkeiten setzten einzelner Unternehmer bestimmt werden sollte.

Der Abgeordnete Wolf hatte sich erbosten, mit Herrn Sczene, mit dem er früher in der Cambadier "Sorjellenföfft" gearbeitet habe, einmal über die Angelegenheit zu kontern. Der persönliche Empfang war ein guter, jedoch zur Sache selbst verhielt sich Herr Sczene ebenfalls ablehnend. Er kannte nicht mehr viel Leute (danach wolle man die Gesuche in den berühmten Blättern ignorieren), Beobachtungsmitglieder wolle er aber nicht beschäftigen. Das "Volksblatt" habe ihn zu sehr angegriffen, im Liebsten habe er nichts dagegen, wenn keine Leute Sozialdemokraten wären, die jetzt bei ihm arbeiten, seien zu  $\frac{7}{8}$  ebenfalls solche.

„Na, das wören ja nun gerade die richtigen Sozialdemokraten, die gegen die gewerkschaftliche Organisation, gegen die allgemeinen Arbeitertatereien sich durch „Arbeitsamülgteit“ auszeichnen.“

Betont wird in dem uns jugegangenen Schreiben, daß sich die Ausgesperrten in Ruhe vergessen, einige seien anderweitig untergebracht. Was das erste anlangt, so halten wir es für selbstverständlich, daß unter gleichen Umständen den behördlichen Organen Veranlassung zum Einschreiten gegeben wird; nicht minder aber halten wir es für richtig, wenn die Ausgesperrten dies thun, um unter Wahrung ihres Staatsangehörigkeitsrechtss befreien, anderweitig ein Unterkommen zu finden.

So opferwillig auch die Kollegeträgerin und  
andere Kreise der dortigen Arbeiterschaft sich  
stellen, so darf doch nicht außer Acht ge-  
lassen werden, daß um die Ausfertigung von  
längere Zeit dauert und die Herrn Geene,  
Götz et al. Sten., Seifner weiterholte Verhand-  
lungen Beilegung ignorirt haben. Es ist zu  
hoffen, daß dies nun bald wiederum Ritter und  
die beginnende Saison mehr und mehr Arbeitser-  
legenheit finden und alle Ausgefeierten alles  
aufzuladen werben, Unterschlupf zu finden. Auf  
die Gnade des Herrn Geene und seines Sta-  
ates kann man freilich nicht so hoffen.

Zugeschillige Unterstützungen sind nur an den Verbandsklassen-Gebern zu leisten. Über in Großentötz direkt eingehende Geber sind tolz, entsprechend einem Vorstandsbefehl, mitgetz berechtigt, Quittungen in der „Kasse“ einzuführen.

— Stein gut färbt W.-G. zu Vierzig  
Säffchen sind eine Schmeißflocke und einer  
Kübelchen, die nicht bei „Vereiner Überhande“  
angehören. Bekanntlich ist tiefe Substanz ge-  
speist in der Stelle, daß, wenn Spülgeschec-  
dort arbeiten, sie dies auf die Spülloche und  
die Interfusione bei einem der Gattungen  
der Steinen kann. Es mußte frisch und  
festes Säuge schwärmen, so daß es  
nicht, die Säuge Blasen oder nicht  
können. Die kleinen Unterschiede zu la. sind  
nicht mehr einen Gedanken haben und es ist  
ihre Größe (16) damit abzutragen.

A black and white photograph showing a group of people gathered around a large, dark, rectangular object, possibly a piece of equipment or a vehicle, in an outdoor setting.

herausgeschafft. Bei der Gelegenheit wollen wir doch einiges schon früher von dort mitgetheilt nicht unterschlagen, es könnte doch vielleicht bei dem und jenem dazu beitragen, bei Engagements nach Sörnewitz etwas vorstelliger zu Werke zu gehen. Was die Allzulöhne anlangt, so wird darüber kein Zweifel bestehen, daß dieselben in solchen Geschäften, die mit Nichtorganisierten und mit ungelernten Arbeitern vorgezugsweise ihr „Geschäftchen“ machen wollen, keine normalen, gar nicht zu reden, hohen (wie das Amt verlockend ausdrückt) sind. Dafür steht ein Dreher von „Schundpreisen“, die existieren. Für solche Preise hergestellte Arbeit kann naturngemäß von besonderem Kunsterzeugniss keine Rede sein, jedoch wird der leidige „Defekt“ in Sörnewitz ganz besonders kultiviert. Allwochenlich finden Defektabzüge statt und zwar in der Höhe von 1 Mt. bis 6—7 Mt. Einem Dreher wurden sogar über 15 Mt. einbehoben, dieser nahm aber das Gericht in Anspruch und hat dieses zu seinen Gunsten entschieden. Es wäre uns angenehm, wenn wir von dem Betreffenden eine beglaubigte Abschrift des Urtheiles erhalten könnten. — Neben diesen Defektabzügen scheinen „Strafen“ sehr häufig verhängt zu werden. Wenn wegen Blaumachens und wegen Geburtstagefeiern in den Arbeitsräumen gestraft wird, nun, da ließe sich noch immer darüber reden, denn nach unserer Ansicht feiert man seine Feste außerhalb der Wache, aber daß das Rauchen im Arbeitsraume mit 2 Mt. bestraft worden ist, das kennzeichnet wohl am besten die dortigen Zustände. Die Sicherheit des Betriebes wird doch wahrlich nicht so arg gefährdet sein, wenn einmal eine Cigarre oder ein Pfeischen gerannt wird. Rauchen hindert bei der Arbeit, und wir glauben, dort in Sörnewitz darf man durchaus nicht viel Zeit verlieren, wenn man am Abend seinen „hohen Verdienst“ haben möchte. Auch bei den Brennern sollen öfter Strafen bis 3 Mt. verhängt werden und was nun die übrigen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen angeht, auch da wird gewiß viel zu klagen sein. Wenn die sämtlichen dort Beschäftigten sich nicht in entsprechender Weise wie ein Mann zusammenschließen und ihre Interessen zu fördern versuchen, da hätten wohl die Verdienste noch niedere, die „Strafen“ aber noch höhere werden. Ganz besonders dürften die Herren Chefs deswegen sich viel herausnehmen fannen, weil, wie sie gesagt haben sollen, sowieso die Oefferten von Drebern eingehen, die dort in Sörnewitz ihr Glück machen wollen. 150 Mann hoch sollen dieselben sogar von Staffel her anmarschiert kommen; trotzdem aber das Gesuch in den „Blättern“? Ob man noch Güteüberlagerung macht, entzieht sich unserer Beobachtung; wenn aber, wie noch mitgetheilt wird, Ueber- resp. Nacharbeiten dort sehr im Schwange ist, kann man es ohne Weiteres annehmen. Item, wir wollen mit Vorliebendem wieder einmal auf Sörnewitz und auf die Sperr, resp. dortigen Verhältnisse aufmerksam gemacht haben.

— Von Dresden wird uns der Bericht über eine Verhandlung des dortigen Gewerbege richts (und der Volksschule) übermittelt, der auf die unsere Mitglieder Interesse hat. Er lautet:

Das Dresdner Gewerbege richt hatte in der Sitzung vom 18. März eine ebenso wichtige wie interessante gewerbliche Streitsache zu entscheiden. Der Stelldrucker Rieblisch in Meißen — das ist der Vorstand — war von der Stellungsfabrik von Giebel auf diese Uebertrage unter der Bedingung in Meißen genommen worden, daß er nicht nur alle in einer solchen Art und Weise einzuhängen habe, welche die Ausbildung der Schule und anderer nicht-pädagogischer Bildungsanstalten in Meißen unmöglich mache, sondern auch, daß er nicht

Drucker hat diese Fragen bejaht. Rieblisch hat die Reise von Meißen nach Dresden auf seine Kosten unternommen müssen. Das Arbeitsverhältnis war ein sehr kurzes, schon nach zwei Tagen ist er wieder entlassen worden mit der Vorgabe, sein „brauchbarer“ Drucker zu sein. Ohne Subsistenzmittel mußte der Mann den Termin der von ihm gegen die Firma ange strengten Klage wegen Lohnentziehung abwarten. — In einem solchen Falle zeigt sich die Notwendigkeit der raschen Erledigung einer Klage am besten. Der Vertreter des beschagten Fabrikobigers, Herr Oberdreher Drelle, der aus den früheren Prozessen bei streitenden Porzellanaarbeiter gegen die genannte Fabrik noch in Erinnerung ist, stützte sich auf die brieflichen Abmachungen, wobei noch besonders aufmerksam gemacht worden sei, daß Rieblisch auf eine dauernde Stellung nur rechnen dürfe, wenn die gesetzliche Bedingung erfüllt werde. Das sei aber nicht der Fall, denn Kläger habe die Arbeiten sehr mangelfhaft ausgeführt, so daß er für die Firma nicht brauchbar sei. Der Vertreter berief sich zum Beweise für seine Angaben auf das Zeugnis des in der Fabrik thätigen Obermalers, da er selbst nicht sachkundig sei. Der Zeuge bestätigt die Aussage des Herrn Drelle vollinhaltlich. Kläger habe die Druckabzüge so schlecht ausgeführt, daß er ihn unmöglich weiter beschäftigen konnte. Der Kläger selbst giebt zu, die Abzüge nicht in der Weise hergestellt zu haben, wie es erforderlich wäre, daran aber trage nicht er die Schuld, sondern das schlechte Material. Durch Zeugnisse wolle er den Beweis seiner Qualifikation als Drucker liefern. Uebrigens sei die angeblich schlechte Arbeit nicht der Hauptgrund seiner schlemmigen Entlassung. Drelle habe ihn während des Streits engagirt, da er aber nicht Streitbrecher sein wollte, habe er die Stellung wieder gefündigt. Das sei nun die eigentliche Ursache, weshalb er plötzlich entlassen worden ist. Das Gewerbege richt verurtheilt die Firma zur Zahlung der klägerischen Forderung: 50 Mt. Entschädigung für zwei Wochen. „In dem betreffenden Schreiben sei nur gesagt worden, R. habe unter gewissen Umständen nur auf eine dauernde Stellung zu rechnen, es ist jedoch nicht erklärt worden, daß er sofort entlassen wird, wenn er die Bedingung nicht erfüllt“, das hätte unbedingt geschehen sollen. Uebrigens hieß das Gericht es als noch nicht erwiesen, daß der Kläger an der schlechten Ausführung der schuldige Theil war.“

Die Stellungsfabrik von Giebel ist bekanntlich vom Vorstand vollständig gesperrt worden, weil die Firma und dessen rechte Hand, der frühere Streiführer und jetzige Oberdreher Drelle Verbandsmitglieder konfidiert. Daß der p. Rieblisch f. St. seine Stellung während der Ausperrung (nicht Streit, wie es im Urtheile heißt) fundigte, um nicht Streitbrecher, richtiger Sperrbrecher zu werden, ist anerkanntenswerth. Globisch soll Magdeburger Verbandsmitglied sein. Wir meinen, auch die Kollegen des Magdeburger Verbandes müßten aber nicht nur während eines Streites oder Ausperrung, sondern auch bei einer Sperr die Schlußrolle übernehmen. Der p. Rieblisch soll vom Magdeburger Verband auch anfänglich der Entlassung des bisher gesperrten Fabrikunterhaut worden sein. Offenkundig verloren die einsichtigen Kollegen des „M. St.“ in der demokratischen Gewerkschaftsunion haben zu tun mit „Fabrik“ und „Sperr“. Die demokratischen Verbände verhindert wurden, auch mit dem Mittel der „M. St.“ zurück zu bringen. Zudem kann gegen eine Sperr einstimmig der „Arbeitsrat“ bestimmt und dadurch Sperr aufzuheben, so wie es kommt,

doch wenigstens vermieden werden, daß ein gehörige eines Betriebes sich gegenseitig schädigen. Unter A. B. C. 3239 sucht in der „Keram. Rundschau“ eine Fabrik Arbeiter, die nicht dem „Berliner Verbande“ angehören. Das scheinen die ehrlichen ABC-Schäfer zu sein, die noch nicht mal ihren Namen nennen. Der Vorfall der Verbandsmitglieder mag auch hier, wie immer, daraus hergeleitet werden, daß man nur hilflose und willige Arbeitshandte will, und wenn unter Chiffre gesucht wird, so kann vielleicht doch eher ein Stellensuchender gefördert werden. Solche Kollegen, die wissen, wer hinter dem A. B. C. steht, möge es uns mittheilen, damit wir ein D. E. F. G. dagegen sehen können.

— Von Rudolstadt resp. dortiger Polizeistelle ist eine Mitteilung über den Ausgang der Schwurgerichtsverhandlung gegen die seit längerer Zeit schon inhaftirten Streifführer leider noch nicht eingegangen. Wir müssen deshalb in Erwähnung eines Originalberichtes jenen des „Vorwärts“ vom Dienstag benügen. Derselbe lautet:

Polizei wie im Kampf für das Unternehmertum. Aus Rudolstadt in Thüringen wird uns berichtet: Seit Freitag findet vor dem biesigen Schwurgericht Verhandlungen gegen 17 des Anführers, Bandfriesenüber-, er Körperverlehung und Beamtenbeleidigung angeklagten Porzellanaarbeiter statt; 10 davon gehören zu den bei der Firma Schäfer u. Sohn Streifenden, 7 sind Nichtstreifende. Den Angeklagten wird jetzt Zeit gelegt, um 15. Oktober 1906 und in der Nacht vom 26. zum 27. Oktober in Rudolstadt den Schuhmann Kummer, sowie Arbeitswillige geschlagen, sich bei Verhaftung widerlegt und den Schuhmann sowie die Arbeitswilligen beleidigt zu haben. Die Angeklagten sind gesündigt. Sie entschuldigen sich damit, daß sie erregt waren, weil die Polizei sich dazu hergeb, der Firma Arbeiter zu verschaffen, indem sie die auf der Wache zum Arbeitseinsatz Stadtgerichts sich meldenden Handwerksschäfer an die Firma wies und event. die Auszahlung des Gehalts verweigerte. Ebenso wußte der Polizeiwachtmeister als Zeuge selbst angeben, daß er zu einer Frau gegangen sei und sie gefragt habe, warum sie nicht mehr

zu Schäfer u. Sohn zur Arbeit gehe, sie möchte doch ja die Arbeit gleich wieder aufnehmen, wenn sie gesund sei. Ja, selbst ein in anderen Arbeit befindlicher, ein Dachdecker, war von einem Schuhmann aufgesperrt worden, doch bei Schäfer u. Sohn ja arbeiten, dort könne er bis 36 Mt. verbieten. Einbruchsvoll war die Darstellung des Sachverständigen durch einen der Angeklagten, indem er aussah, daß sie durch das Zusammengehen der Arbeitgeber und der Polizei geboren zur Verfolgung gebracht werden seien; die Arbeitgeber hätten sich bei hoher Konventionalstrafe vertragt, einen Streifenden in Arbeit zu nehmen, die schwargen Giften seien sogar bis nach Südmähren hineingegangen und dies habe das Eingreifen der Polizei gegen jede Wiederholung am Steg abgeschnitten. Sachverständiger Schäfer sag. als Zeuge aus, daß ihm in der letzten Zeit die Polizei zu zweit gewesen sei und er habe im Auto übergekommen. Beim Samstag nach zehn Uhr nachts aufgefahren war.

stellig geworden sei." Den Geschworenen sind 60 Haupt- und 56 Nebenfragen gestellt. Das Urtheil lautete für 3 Personen je 10, 1 zu 9, 1 zu 8, 1 zu 6, 1 zu  $4\frac{1}{2}$ , 1 zu 4, 1 zu 3 Monaten Gefängnis. 8 Angeklagte wurden freigesprochen. Die Untersuchungshaft wurde bei 5 bisher Inhaftirten theilweise angerechnet. Die Geschworenen verneinten den Landsiedlungsbruch und Aufruhr und nahmen nur Körperverletzung, Beleidigung und Ruhestörung an.

\* \* \*

In letzter Stunde ist von der Verwaltung der Zählstelle Mittheilung über den Ausgang des Prozesses eingegangen. Der obige Bericht findet dadurch seine Bestätigung. Der Gerichtshof ist bemerkenswerther Weise über den Strafantrag des Staatsanwalts hinausgegangen. Bei 6 von den 9 Verurtheilten wird die Untersuchungshaft theilweise abgerechnet. Bei vier denselben 4 Monat, bei einem 3 Monat und bei einem 2 Wochen. Die sämtlichen Verurtheilten sind auf freien Fuß gesetzt worden.

Die Schuldfrage wegen Landsiedlungsbruchs und Aufruhrs ist von den Geschworenen verneint worden, dagegen sind den Angeklagten wegen schwerer Körperverletzung die mildernden Umstände versagt worden.

Das Drama in Rudolstadt hätte damit nun seinen Abschluß gefunden. Die verhängten Strafen sind schwere, und die Verurtheilten und deren Familien verbieren wohl das Mitleid aller; sie müssen und werden sich aber in das Unvermeidliche fügen. Wir wünschen ihnen, daß sie ihre Strafe ohne Gefahr für Körper und Geist abmachen und vertrauensvoll ihrer wiedererlangenden Freiheit, der Zukunft entgegenblicken.

Allen Kollegen und Genossen aber, die in die Lage kommen, an Streiks oder Aussperrungen teilzunehmen und die im durch das schäfische Verhalten von "Arbeitswilligen" mit Recht geschädigt fühlen, sie mögen sich stets in ihrem Thun und Lassen während der Bewegung die Schwere der Strafen vor Augen halten, die Arbeiter wegen Straftoerchen zu erleiden haben.

Der "Sprechsaal" veröffentlicht folgendes:

**Verband Mittel- und Westdeutscher Porzellanfabriken.** In Leipzig fand am Donnerstag, den 7. März, im neuen Kaufmännischen Vereinshaus die gründende Versammlung für den Verband Mittel- und Westdeutscher Porzellanfabriken statt, dessen Zweck die Wahrung allgemeiner Interessen sein soll.

Es war eine rege Beteiligung der Fabrikanten konstatirt und ein lebhaftes Interesse für die Gründung vorhanden, sodoch schon in der Versammlung 60 Porzellanfabriken der Geschirr- und der Figuren-Branche mit zirka 14 000 beschäftigten Arbeitern sich zum Beitritt verpflichteten.

In die Verwaltung wurden folgende Herren gewählt:

Als Vorsitzender: Kommerzienrat A. Haubach, Coburg.

Als Vorsitzender-Stellvertreter: Direktor H. Grimm, Gladisengsfeld.

Als Schriftführer: Profess. Bigler, Altdorf.

Als Schriftführer-Stellvertreter: Direktor Th. Gürler, Fürstenberg a. R.

Als Kassirer: Fabrikbesitzer Fr. Pfeffer, Gotha.

Den Ausschuß bilden:

Gruppe: Geschirrbranche:  
Kommerzienrat Schlegelmissch, Suhl.  
Fabrikbesitzer Simson, Gotha.  
Direktor Gröschl, Triptis.

Gruppe: Figurenbranche:  
Fabrikbesitzer A. Teufel, Ilmenau.  
Heene, Gräfenroda.

" Weingart, Neuendorf."

Der Fabrikbesitzer Heene, Gräfenroda, der seinen Arbeitern das Koalitionsrecht nicht ausüben lassen will, gehört dem Ausschuß dieser neuen Vereinigung an, danach kann man ermessen, wie das "allgemeine Interesse", speziell das der obengenannten zirka 14 000 beschäftigten Arbeiter vertreten werden wird.

— Aus der "Solidarität". Der Rechnungsabschluß der "Union" pro 1900 ergiebt eine Einnahme von: Unionsklasse 88 993,01 Kr. Widerstandsfondklasse 18 014,32 Kreuzer. Administrationsklasse 14 784,59 Kr. Ausgabe: Unionsklasse 72 162,28 Kr. Widerstandsfondklasse 6 850,69 Kr. Administrationsklasse 22 369,69 Kr. Es bleibt demnach ein Saldo von: Unionsklasse 16 830,73 Kr. Widerstandsfondklasse 11 163,63 Kr. Administrationsklasse Deficit 7 585,10 Kr.

Für Arbeitslosen-Unterstützung wurde gezahlt: 15 725,61 Kr. Für Bildungsfonds der Ortsgruppen: 24 472,82 Kr. Die Mitgliederzahl (Porzellan-, Glas-, Thorwaaren-, Ziegel-, Zinnober- und Terrakottabettler) betrug: 6274. 5833 männliche und 441 weibliche Mitglieder.

Als für Porzellanarbeiter gesperrte Orte werden aufgeführt: Wien, Böhmen und Eichwald.

### Soziales. Gewerkschaftliches etc.

Das Gewerbege richtsgesetz liegt bekanntlich dem Reichstage zur eventuellen Abänderung bzw. Erweiterung vor, die Arbeiterschaft hat ein begreifliches Interesse daran, daß das Gesetz mehr und mehr ausgebaut wird und darf es von Wert sein, die in der heit. Kommission des Reichstages geslogenen Debatten über das Gesetz hier wiederzugeben:

Die Gewerbege richtskommission des Reichstages begann am Donnerstag die zweite Lesung der zum Gewerbege richtsgesetz gestellten Abänderungsanträge. Der in erster Lesung gefasste Beschluß, wonach im § 1 bestimmt werden soll, daß in Gemeinden, welche nach der jeweils letzten Volkszählung mehr als 20 000 Einwohner haben, Gewerbege richts (obligatorisch) errichtet werden müssen, wurde auch in zweiter Lesung aufrecht erhalten.

Zu § 2 stellte Abg. Tugauer den Antrag, die Zuständigkeit der Gewerbege richts auf das Handelsgewerbe auszuweihen. In der Begründung dieses Antrages riet der Antragsteller darauf hin, daß aus den Kreisen der Kaufleute mehrfach Petitionen eingegangen seien, worin die Zuständigkeit der Gewerbege richts für die Streitigkeiten im Handels gewerbe gefordert und gegen die Errichtung besonderer Kaufmännischer Schiedsgerichte protestiert wurde. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten abgelehnt. — Dasselbe Resultat ergab die Abstimmung über einen vom Abgeordneten Gubell gestellten Antrag, welcher die Streitigkeiten der in gewerblichen Gütervereinen beschäftigten Personen mit ihren Arbeitgebern der Zuständigkeit der Gewerbege richt unterstellen wollte. Die Stimmen in der Kommission legten, es liege sich im Gesetz nicht be-

stimmt ausdrücken, was unter "gewerblichen oder Handelsgärtneren" zu verstehen sei. Die Aufnahme eines so undefinierbaren Begriffs in das Gesetz würde zu vielen Kompetenzstreitigkeiten führen. — Der § 3 erhielt eine wesentliche Verschlechterung gegenüber der in erster Lesung beschlossenen Fassung. Durch den in erster Lesung gefassten Beschluß ist die Zuständigkeit der Gewerbege richts etwas erweitert worden, indem sie u. A. auf Streitigkeiten über Rückgabe dem Arbeitgeber übergebenen Zeugnisse, Geräthschaften (Werkzeuge), Kleidungsstücke u. s. w. ausgedehnt wurde. Hieran wurde auch in zweiter Lesung festgehalten. Die Verschlechterung besteht darin, daß der Beschluß erster Lesung, der die Entscheidung auch solcher Streitigkeiten zuläßt, welche nicht direkt im § 3 aufgeführt waren, beseitigt wurde. Es zeigte sich auch hier, wie während der ganzen bisherigen Beratung, daß die Mitglieder des Zentrums immer umrissen, sobald einer der Regierungskommis saren Bedenken gegen einen Antrag vorzubringen hat. — Zu § 12 war in erster Lesung beschlossen worden, daß durch statutarische Bestimmung bei der Wahl der Bevölkerung die Verhältniswahl (Proportionalwahl) zulässig sein soll. — Tugauer beantragte die Streichung dieser Bestimmung. Wolle man die Verhältniswahl einführen, so sollte man dies obligatorisch für alle Gewerbege richts festsetzen, es aber nicht dem jeweiligen Ortsstatut überlassen. Die Gemeindebehörde, auf welche die Arbeiter wenig Einfluß auszuüben im stande sind, würden sich leicht von politischen Motiven leiten lassen und überall da, wo die sozialistischen Arbeiter bei den Wahlen in der Mehrheit sind, das Proportional-Wahl system einführen, um die sozialistischen Bevölkerung möglichst zu verdrängen, während da, wo die Sozialisten sich in der Minorität befinden, wohl kaum zu erwarten sei, daß das Proportional-Wahl system ortsstatutorisch eingeführt werden würde. Also: Entweder überall die Verhältniswahl oder nirgends. — Der Antrag Tugauer wurde angenommen; jedoch nicht aus den vom Antragsteller angeführten Gründen, sondern weil man die gestrichene Bestimmung in einem anderen Paraphraphen wieder aufnehmen will.

In ihrer letzten Sitzung hat die Kommission auch in zweiter Lesung die Bestimmung des § 13 des Gewerbege richtsgesetzes aufgehoben, welche besagte, daß die Wähler seit mindestens einem Jahre in dem Bezirk des Gewerbege richts Wohnung oder Beschäftigung haben müssen. Es wird dadurch einer Anzahl bisher nicht wahlberechtigter Personen das Wahlrecht entzogen. — Der Antrag Tugauer wurde angenommen; jedoch nicht aus den vom Antragsteller angeführten Gründen, sondern weil man die gestrichene Bestimmung in einem anderen Paraphraphen wieder aufnehmen will.

In ihrer letzten Sitzung hat die Kommission auch in zweiter Lesung die Bestimmung des § 13a des Gewerbege richtsgesetzes aufgehoben, welche besagte, daß die Wähler seit mindestens einem Jahre in dem Bezirk des Gewerbege richts Wohnung oder Beschäftigung haben müssen. Es wird dadurch einer Anzahl bisher nicht wahlberechtigter Personen das Wahlrecht entzogen.

In einem neuen § 13a wurden die Bestimmungen über das Wahlverfahren festgelegt und dabei auf Antrag Trimborn (C.) die im § 12 gestrichene Bestimmung, daß die Verhältniswahl (Proportionalwahl) zulässig sein soll, in folgender Fassung wieder aufgenommen: "Auch ist eine Regelung nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zulässig, dabei kann die Stimmenabgabe auf Vorschlagslisten beschränkt werden, die bis zu einem im Statut festgesetzten Zeitpunkt vor der Wahl einzureichen sind."

Abg. Tugauer bekämpfte diesen Antrag und beantragte die obligatorische Einführung der Verhältniswahl für alle Gewerbege richts. Wenn man den Proporz einmal einführen wolle, der auch der Minderheit eine Vertretung sichern soll, so darf man dies nicht dem Erlassen der einzelnen Kommunalbehörden überlassen. Die Abgeordneten des Antrags Trimborn hätten offenbar den Unter gedachten, die von den sozialistischen Gewerbege richts aufgestellten und dem Gewerbege richt zugehörigen, einzuhalten. Die Abg. Abbr. von Wülfel, Trimborn und Gromar (Bipartisan)

bestritten, irgend welche Hintergedanken zu haben. Mit der Proportionalwahl mache man einen Sprung ins Dunkle, man könne sie deshalb nicht obligatorisch einführen. Wenn sich dieses Wahlsystem bewährt, so würden sich immer mehr Gemeindebehörden finden, welche dasselbe durch Ortsstatut einführen. Der Antrag Tugauer wurde hierauf gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten abgelehnt. Auch der freisinnige Abg. Bargmann hatte sich gegen die obligatorische Einführung der Verhältniswahl ausgesprochen.

Dem § 25 wurde die Bestimmung hinzugefügt, daß auch das Gewerbege richt zuständig sein soll, in dessen Bezirk sich die gewerbliche Niederlassung des Arbeitgebers befindet oder beide Parteien ihren Wohnsitz haben und daß unter mehreren zuständigen Gerichten der Kläger die Wahl haben soll.

Der § 63 des jetzigen Gesetzes bestimmt, daß das Gewerbege richt, wenn es als Einigungsamt in Tätigkeit tritt, neben dem Vorsitzenden mit vier Beisitzern (2 Arbeitgeber und 2 Arbeiter) besteht sein soll und daß sich das Einigungsamt durch Zusetzung von Vertrauensmännern ergänzen kann, welche gleich den Beisitzern nicht zu den am Streit Beteiligten gehören dürfen.

Die Abg. Trimborn und Beck beantragten, die vorgeschriebene Zusetzung der 4 Beisitzer zu streichen, das Einigungsamt also künftig nur aus dem Vorsitzenden und den von den Parteien zu bezeichnenden, am Streit nicht beteiligten Vertrauensmännern bestehen zu lassen. — Genosse Tugauer erblickte in der Ausschaltung der Gewerbege richts-Beisitzer eine Verschlechterung des Einigungsamtes. Das Berliner Gewerbege richt sei bisher am meisten als Einigungsamt in Tätigkeit getreten und hätte sich hier die Zusetzung der Beisitzer des Gewerbege richts durchaus bewährt. Während man in Berlin, soweit er Kenntnis erhalten habe, fast immer auf die Zusetzung von Vertrauensmännern Verzicht geleistet habe, sollen nach dem vorliegenden Antrag die Vertrauensmänner künftig immer zugezogen werden, auf die offizielle Zusetzung der Gewerbege richts-Beisitzer aber stets Verzicht geleistet werden. Darin erblickte er (Tugauer) ein unberechtigtes Misstrauen gegen die Beisitzer des Gewerbege richts. — Bei der Abstimmung wurde der Antrag Trimborn-Beck gegen die Stimme des Abg. Tugauer angenommen.

— Der Zustand der Glasarbeiter in Rienburg, der für die Glasarbeiterorganisation von so großer Bedeutung ist, dauert unverändert fort. Arbeitswillige sind nur wenige zu verzeichnen. Die Streitenden haben sämmtlich die Fabrikwohnungen geräumt und anderwärts unterkommen gefunden. Es ist daraus ersichtlich, wie groß die Opfer sind, die die Arbeiter in dem Interesse ihrer Organisation bringen. Die Bemühungen, Streitbrecher heranzuziehen, werden mit Eifer von der Hüttenerverwaltung fortgesetzt, ohne daß man bisher den gewünschten Nutzen erlangte. Trotzdem sind sich die Streitenden darüber klar, daß der Kampf mit dem Glashütten ein schwieriger wird. Die Zahl der Streitenden ist auf 530 gestiegen und sind 1500 Familienangehörige zu unterstützen.

— Das Lübecker Streikpostenverbot ist nunmehr vom Senat offiziell aufgehoben worden. Der Lübecker Senat theilt dieses Urtheil seines Lieblings der Bürgerschaft in folgender Anzeige mit:

„Der dritte Strafenzat des Reichsgerichts hat am 4. Februar d. J. ein Erkenntnis der Strafammer III des Landgerichts zu Hamburg, durch welche die Lübecker Verordnung vom 21. April 1900, betreffend das Verbot des

Streikpostensiehens, für rechtsgültig erklärt worden war, aufgehoben und die gedachte Verordnung als den Reichsgesetz widersprechend und daher nicht zu Recht bestehend, bezeichnet.

Abschriften der beiden Urtheile werden der Bürgerschaft hierneben vorgelegt. Für den Senat mußte die Erwagung, ob er die Gründe des Reichsgerichts sich anzueignen vermöge, zurücktreten vor der Frage, ob nicht mit Rücksicht auf die Autorität des höchsten Gerichts ohne Weiteres die Aufhebung der Verordnung geboten sei. Bei Prüfung der bezüglichen Fragen ist der Senat zu dem Schluß gelangt, daß es unangemessen sein würde, der Reichsgerichtsentscheidung gegenüber die Stellungnahme der lübeckischen Gerichte und des hanseatischen Oberlandesgerichts, welche mit der Verordnung sich zu befassen noch keine Gelegenheit gehabt haben, abzuwarten, daß vielmehr die Zurücknahme der Verordnung angezeigt ist.

Mit Rücksicht auf die Verhandlungen der Bürgerschaft vom 25. Juli 1900 zieht der Senat ihr von diesem Beschlusse hierdurch Kenntnis.“

Der für den Senat blamable Ausgang dieser Gesetzmacherei ist ein Sieg der Arbeiterbewegung, die überall mit Energie für die Erhaltung der Volksrechte in die Schranken trat.

— Das es auch ohne Streikpostenverbot geht, beweist folgendes Urteil, das dieser Tage in Bremen gefällt wurde. Angeklagt war ein Arbeiter, der im Hafengebiet Posten gestanden hatte und der Aussöderung des Schuhmannes, sich zu entfernen, nicht nachgekommen war. Der Ankläger führte aus: Die Straßenpolizeiordnung gebe dem Schuhmann das Recht, Anordnungen zu treffen nach eigenem Einschiffen, die unbedingt befolgt werden müssen; der Schuhmann hätte also auch das Recht gehabt, Personen aus dem gefährdeten Revier auszuweisen. In diesem Sinne habe das Reichsgericht und auch das Bremer Landgericht entschieden. Die Frage, ob die Anordnung des Schuhmannes zu Recht erlassen sei und zu befolgen war, sei unbedingt zu ersehen. Es müsse den Leuten endlich einmal zum Bewußtsein gebracht werden, daß es besonderer Gesetze nicht bedürfe, um das Streikpostensiehen zu verhindern, und daß die bestehenden Gesetze vollständig dazu ausreichen. Das Urteil des Schöffengerichts lautete dem Antrage gemäß auf 30 Pf. Geldstrafe.

## Versammlungsberichte etc.

**Zum Pappelsdorf.** Die Zahlstellen-Versammlung am 16. März wurde in Anwesenheit von 32 Mitgliedern öffnet. Zur Tagesordnung gehörte:

1. Berichtigung des Protocols.
2. Wahl eines Beisitzers.
3. Bericht des Kassiers und Kartelldelegirten.
4. Totalfrage.
5. Anträge u. d. Beschwerden.
6. Verschiedenes.

Auch Berichtigung des Protocols wurde, da die Zahlstelle über 50 Mitglieder zählt, Genosse Baum als Beisitzer einstimmig wiedergewählt. Der Kassenbericht ist v. den Rentzern geprüft und für richtig befunden. Der Kartelldelegirte will sein Amt niedergelegen, da er dasselbe als Brenner nicht genügend verwöhnen kann. Auf Wunsch des Kartells, den Vorsitzenden als Delegierten zu schicken, nimmt derselbe mit Zustimmung der Versammlung das Amt an. Eine größere Debatte ergibt die Totalfrage, es wurde einstimmig beschlossen, daß Total weiter zu debattieren, die Genossen verpflichteten sich, jeden Sonnabend sich zu einer gemütlichen Zusammenkunft in demselben einzufinden. Dadurch soll auch die Agitation gefördert werden. Der erste Sonnabend nach der Versammlung zeigt, daß die Genossen ihr Begegnen halten können und müssen, doch dies auch weiter her zu tun ist. Ferner hat die Versammlung beschlossen, die Soziale von Roth und Dössel entschieden zu meiden. Da diese den Genossen teiliges zur Kenntnis, u. ihre Zukunft erhebt die Veranlassung. So wurde von Jean Genossen Rössler der Antrag gestellt: „Meglmäßigtes Abholen der „Ameise“ und Rasseln der „Mälzer“. Es ist folgender Beschluss gefaßt, die „Ameise“ im Verein total zu verbieten und die Genossen verpflichten sich, dieselbe dort abzuholen, ferner werden Beiträge jeden

Sonnabend und Samstaglich in der Monatsversammlung (welche jeden Monat den ersten Sonnabend nach dem 1. Mai stattfindet) entgegengenommen. Gen. Prochaska stellt den Antrag, ein Vorleseblatt und die „Kommunistische Rundschau“ weiter zu abonnieren und von den verfügbaren Zahlstellen geldern zu lassen und im Vereinslokal auszulegen. Zum Schluß wurde für Ostermontag eine gemäßliche Zusammenkunft im Vereinslokal in Aussicht gestellt, gleichfalls für einen Referenten zum 1. Mai zu jagen, bei dem es sich handelt übermittelt. Der Vorsitzende schließt mit 12<sup>o</sup> Uhr die Versammlung.

**Burggrub (Dierstadt).** Am 17. März fand im Bauerlochischen Saale zu Hause bei Sonnenberg eine Versammlung statt, zu welcher neben 37 Teilnehmern von hier auch viele Mitglieder der Zahlstellen Hüttensteinach, Höppelsdorf und Kronach anwesend waren. Es wurde die Gründung einer Zahlstelle beschlossen und die Verzählung (wie sie in Nr. 12 der „Ameise“ bereits veröffentlicht ist) genehmigt. Nachdem Genossen der oben genannten Zahlstellen den Antrag, den Rock und die Biele der Organisation in verständlicher Weise darlegten, auch der Vorsitzende den Dank für das zahlreiche Erscheinen aussprochen und erfuhr hatte, nunmehr treu und fest zur Feste der Organisation zu halten, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die neue Zahlstelle Burggrub geschlossen.

**Fürstenberg (Wier).** Die am 18. März im „Hotel“ stattgefundene Zahlstellen-Versammlung hatte sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen. Vor Eintritt in die Tagesordnung geschieh der Vorsitzende in üblicher Weise das verstorben und eines der ältesten Mitglieder des Vorstandes und Beihülfelands, Genossen Rob. Koloff und erhielt die Versammlung dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen. Hierauf hielt der Vorsitzende einen d. n. Tag entsprechenden Vortrag, welcher mit Erfolg aufgenommen wurde. Eine Diskussion stand der vorgeschrittenen Zeit halber nicht statt und wurde unter „Beschiedene“ aus dem sehr zusammengesetzten Extradond der anwesenden Genossen 20 Pf. bestimmt.

Die nächste Versammlung kann voraussichtlich der Osterfeiertage wegen erst am 22. April abgehalten werden und wollen die Mitglieder dieses verübtigen.

**Kadolstadt - Volkstedt.** (Zugang aus dem Versammlungsprotokoll vom 16. März). Unter Punkt „Verschiedenes“ sah die Versammlung einstimmig folgende Resolution:

„Die heutige Zahlstellen-Versammlung verurteilt entschieden das Verhalten des Hauptvorstandes, bezüglich der Ablehnung des Rechtsanwalts Harmening. Jena in dem hier schwedenden Prozeß und verzagt, daß den Angeklagten im Falle einer Revision Herr Harmening zur Seite gestellt wird.“

Die Versammlung geht von dem Standpunkt aus, daß die Feststellung eines fremden Rechtsanwalts im vorliegenden Friedensbruchprozeß vortheilhaft für die Angeklagten gewesen wäre, insfern, da die denselben gefestigte Offizialvertreter teilweise mit dem Staatsanwalt, als Ankläger, im gesellschaftlichen Verhältnis befunden und in Folge dessen die, die Angeklagten entlastenden Momente voraussichtlich nicht so hervorheben werden, als dies unter Umständen ein freudiger Vertheidiger thut. Hinzufügen will die Versammlung noch, daß der Hauptvorstand ein drastisches Beispiel inbetreff Berichtigung im Fall: Riese und Schachtjohel vorführte. R. Edt. u. Co. hat. Die Versammlung hält deshalb die Meinung, daß eventuell Herr Rechtsanwalt Harmening in Jena nicht persönlich zur Verhandlung erscheinen kann, für nicht maßgebend, da dieselbe, wie oben gesagt, auf jeden anderen, aber freudigen Vertheidiger, für angebraucht gehalten hätte.

3. S.

## Litterarisches.

Zur Unterstützung der Agitation gegen die Zolltarifzölle reichtet sieben im Berlege der Buchhandlung Gothaer, Berlin, Brühlstr. 2, eine lebhafte Schrift: „Handelspolitik und Sozialdemokratie. Von Karl Raetsch, welche eine durchaus populär geschriebene Darstellung der ganzen handelspolitischen Streitfragen gibt. Alle die schwierigen Fragen: Schutz, Freihandel, Zollzölle, Agrarzölle, Handelskrieg, Handelsverträge u. s. w. werden in ihrem politischen und wirtschaftlichen Zusammenhang in den Dienst und zahlreichen Unterdrücken erläutert unter dem Gesichtspunkte der Arbeiterschafften befindet. Und damit die Schrift die weltliche Verneigung haben und Rücksicht über die schwierigen Fragen schaffen kann. In der Preis für die Agitationausgabe der 90 Seiten kostet die Schrift 1.50 Pfg. fristiglich werden. Bereits Digitalisationsstunden können in größeren Parzellen zu Wettlaufpreisen die Schrift noch billiger erhalten.“

„Zur freien Studium“ illustrierte Romanbibliothek für das zweite Jahr in Wiederauflage a 10 Pf. Die Abdruckungen 7-12 enthalten die Fortsetzung des Romans „Toten und Leben“ von August Weil und „Puccio“, Roman von G. Wirschny. Die Romanen enthalten Seine alte Zugangsnummer: 1000, welches empfohlen und Ihnen nur erlaubt, im Rahmen festen für weitere Verbreitung zu eignen, bei Dr. King, d.

